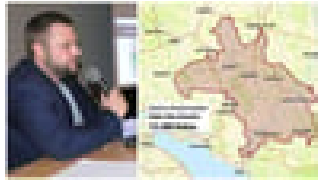


So geht's nach Stopp-Forderung weiter

[schwaebische.de/regional/oberschwaben/ravensburg/interview-fuer-die-kernzonen-des-biosphaerengebiets-brauchen-wir-keine-privatflaechen-2411177](https://www.schwaebische.de/regional/oberschwaben/ravensburg/interview-fuer-die-kernzonen-des-biosphaerengebiets-brauchen-wir-keine-privatflaechen-2411177)



Der Prozess rund um die Frage, ob Oberschwaben und das Allgäu ein Biosphärengebiet bekommen, wollen oder brauchen, schlägt immer höhere Wellen. Während Landwirte und Grundbesitzer den Stopp der Dialogforen fordern, wollen einige Naturschützer und Touristiker sich noch nicht von der Idee verabschieden. „Jetzt abzubrechen wäre fatal“, sagt Timo Egger. Der Bürgermeister von Fleischwangen leitet den Prozessvorstand und vertritt in den Gremien seine Bürgermeister-Kollegen. Er wehrt sich gegen den Vorwurf, Handlanger der Landesregierung zu sein und hofft, dass die Fragestellungen rund um ein Biosphärengebiet Oberschwaben nicht spalten.

Wir wollen das Debakel rund um die Einführung der Flora-Fauna-Habitate nicht wiederholen.

Timo Egger

Seit Mitte 2022 läuft der Prüfprozess. Wie war die Stimmung vor zwei Jahren?

Egger: Erst einmal waren wir hier vor Ort überrumpelt. Wir haben aus der Presse erfahren, dass da etwas von einem Oberschwäbischen Biosphärengebiet im grün-schwarzen Koalitionsvertrag stehen soll. Das war nicht optimal. Aber wir Kommunen haben uns dem gestellt. Wenn man die Formulierung im Koalitionsvertrag genau anschaut, merkt auch jeder, dass es im Grunde um ein Angebot des Landes an uns geht. Umso mehr verwundert es mich inzwischen, wie manche Vertreter von Regierungsfraktionen ihr eigenes Angebot an ihre eigene Region schlecht reden.

Bevor wir zur Rolle der hiesigen Landtagsabgeordneten kommen: Ist der Prozess inzwischen gut angelaufen?

Egger: Der Start war ein bisschen holprig. Wegen Personalsuche und Krankheit konnten wir lange nicht richtig loslegen. In der Energiekrise hatte das Thema bei den Kommunen auch nicht oberste Priorität. Dann mussten wir eine arbeitsfähige Struktur finden. Es gibt inzwischen einen Prozessvorstand, der wird von den Kommunen gelenkt - in Person von mir. Wir Gemeinden - alle aus dem Kreis Ravensburg, die Federsee Gemeinden aus dem Kreis Biberach und die Pfrunger-Ried-Anreiner aus dem Kreis Sigmaringen - haben immer das letzte Wort.

Dazu gibt es das Prozessteam, also diejenigen, die sich hauptamtlich um die Ausarbeitung kümmern und eine breite Bürgerbeteiligung durch Dialogkreise und Arbeitskreise. Bei letzteren haben wir gemerkt, was für eine interessante Vielfalt an Verbänden und Institutionen es in der Region gibt. Wenn es nach mir geht, arbeiten die durch den Prozess künftig enger zusammen und weniger nebeneinander her. Heute wursteln viele vor sich hin.

Ein Biosphärengebiet besteht aus Kern-, Pflege- und Entwicklungszonen. Wann erfahren die Leute, was wo liegt?

Egger: Wir wollen die Karten im Herbst auslegen. Dann kann man für jede Gemeinde sagen: Schaut es euch genau an und gebt uns Rückmeldungen. Wir wollen das Debakel rund um die Einführung der Flora-Fauna-Habitate nicht wiederholen. Damals hat die Politik versprochen, dass es kaum zu Einschränkungen kommt, heute sind sie da. Gegen dieses begründete Misstrauen hilft nur größtmögliche Transparenz.

Die Allianz der Landeigentümer und -bewirtschafter fordert den Stopp des Prüfprozesses. Hat Sie das kalt erwischt?

Egger: In erster Linie hat es mich geärgert. Klar, hat die Landwirtschaft mehr Risiken als Chancen gesehen. Die größte Befürchtung ist, dass unsere Region später schneller oder heftiger von Verschärfungen betroffen ist, weil es ein Großschutzgebiet ist. Hier empfehle ich auf die Fakten zu schauen. Von den letzten 30 EU-Verordnungen mit Einschränkungen für Land- und Forstwirtschaft hat es bei 29 keinen Unterschied gemacht, ob man in einem Biosphärengebiet liegt oder nicht. Der Rest hat sich auf bestehende Schutzgebiete bezogen und die gibt es in unserer Region schließlich auch schon.

Die Allianz fordert, dass Gemeinderäte jetzt über die Fortführung des Prozesses abstimmen. Ist das sinnvoll?

Egger: Überhaupt nicht. Unsere Aussage steht: **Gegen den absoluten Willen der Landwirtschaft wird man es am Schluss nicht umsetzen.** Aber wir brauchen den Prozess doch noch nicht zu stoppen. Besser ist es, ihn zu intensivieren und zu schauen, alle Pros und Kontras aufzuarbeiten. Außerdem haben wir noch nicht mal die Karten, da ergibt die Stoppforderung echt keinen Sinn. Den Prozess fortzusetzen ist übrigens auch keine Steuergeldverschwendung. Denn wenn das Biosphärengebiet nicht kommt, haben wir tolle Konzepte für Projekte, die fertig ausgearbeitet sind und von denen die Region das eine oder andere vielleicht trotzdem umsetzen kann. Es gibt auch Dinge, die wir eh machen müssen, Moorschutz zum Beispiel. Jetzt aufzuhören wäre die größte Steuergeldverschwendung.

Der Prozess wird also nicht gestoppt?

Egger: Ich habe nicht mit jedem Einzelnen gesprochen. Aber die klare Mehrheit - nicht nur aus den Kommunen, auch aus anderen Bereichen - will jetzt nicht aufhören. Wir machen weiter. Das ist der Wunsch der Kommunen. Wirklich stoppen könnte den Prozess nur das Land, indem es sagt: Wir machen das Theater nicht mehr mit und drehen euch den Geldhahn zu.

In Amtzell wurde kürzlich im Gemeinderat gefordert, dass man darüber abstimmt, ob die Gemeinde im Prozess bleibt. Wäre ein Ausstieg im Moment überhaupt möglich?

Egger: Klar kann eine selbstbestimmte Gemeinde jederzeit sagen, wir gehen den Weg nicht mehr mit. Klüger als die Stopp-Forderung finde ich aber die Haltung von Kißleggs Bürgermeister Dieter Krattenmacher. Der sieht das Biosphärengebiet zwar mehr als skeptisch, sagt aber: Lasst uns mal abwarten und schauen, wo das Schiff hinfährt. Wenn es uns am Ende mehr Vor- als Nachteile bietet, springen wir auf.

Der Bauernverband ruft wegen des Biosphärengebiets zur Gemeinderatskandidatur auf. Und wenn man dem Ravensburger CDU-Kreisvorsitzenden Christian Natterer oder seinem Parteifreund im Landtag, Raimund Haser, auf den Mund schaut, merkt man, dass mit der Skepsis gegenüber einem Biosphärengebiet Wahlkampf gemacht werden soll. Eignet sich das Thema dafür?

Egger: In einer Demokratie kann man alles zu einem Wahlkampfthema machen. Das ist auch nicht immer schlecht. Aber das Thema ist noch nicht Entscheidungsreif, das ist noch etwas Halbbares.

Können Sie zusagen, dass niemand seine Fläche aus der Bewirtschaftung nehmen muss, weil sie zur Kernzone erklärt wird?

Egger: Ja! Die Karten sind zwar noch nicht ganz fertig, aber die Zusage steht: Kernzonen nur auf Flächen der öffentlichen Hand. Und zwar in erster Linie auf Bundes- und Landesflächen. Wenn kommunale Flächen interessant sind, muss die Kommune entscheiden. Am Ende wird die Summe der Kernzonen uns aufzeigen, wie groß ein Biosphärengebiet werden kann. Für die Mindestgröße eines Biosphärengebiets von 40.000 Hektar bekommen wir die notwendigen drei Prozent Kernzone allein durch geschützte Moore und Riede hin. Ohne Privatflächen.

Wie geht es jetzt weiter?

Egger: Im Moment entstehen die Karten für jede einzelne Kommune und werden dann behördenintern durchgegeben, um Fehler und Konflikte auszuräumen. Im Herbst sollen die Karten dann den Gemeinderäten und somit der Öffentlichkeit vorgestellt werden. In

der zweiten Hälfte 2025 kann man dann jede Gemeinde entscheiden, ob sie es will oder nicht.